

Ja zur Stammzellen-Initiative in Kalifornien

Aufhebung des «Three Strikes Law» vereitelt

Kaliforniens Wählerinnen und Wähler haben eine Vorlage gutgeheissen, die mittels einer Staatsanleihe von drei Milliarden Dollar eine von Washington unabhängige Stammzellenforschung einrichten will. Ausserdem kippten sie eine Vorlage, die eine Milderung der extrem harten Strafen nach einer dritten Straftat gebracht hätte.

snu. Palo Alto, 3. November

Der kalifornische Gouverneur Arnold Schwarzenegger kann triumphieren, denn die meisten seiner Vorlagen sind vom Stimmvolk gutgeheissen worden. Heute hätten die Wähler mit lauter und deutlicher Stimme gesprochen, sagte Schwarzenegger vor Anhängern in Los Angeles. Was der Wirtschaft abträglich gewesen wäre, habe das Stimmvolk abgelehnt, was den Gliedstaat in eine rosige Zukunft führen werde, sei von den Wählern angenommen worden.

Zuerst Schulden, dann der Boom?

Schwarzenegger verwies insbesondere auf den Erfolg der Stammzellen-Initiative, die die Unterstützung von 59 Prozent von Wählern erhielt. Trotz hoher Staatsschuld sind die Kalifornier offenbar bereit, sich mit einer zwar vielversprechenden, finanziell aber riskanten Initiative weiter zu verschulden. Dank konzertierten Anstrengungen von Wissenschaftern und der pharmazeutischen Industrie, unter ihnen auch mehrere Nobelpreisträger, war es den Befürwortern im Frühjahr gelungen, über eine Million Unterschriften für die Initiative zu sammeln.

Im Jahr 2001 hatte Präsident Bush mit einem Erlass bestimmt, dass das National Institute of Health für die Erforschung menschlicher embryonaler Stammzellen jährlich nur noch 17 Millionen Dollar zur Verfügung stellen dürfe. Dies sei der Auftakt zur kalifornischen Eigeninitiative gewesen, sagte Robert Klein, ein Vorsitzender des Komitees. Paul Berg, der als Nobelpreisträger für Chemie an der Universität Stanford lehrt, ist optimistisch, dass sich mittel- bis langfristig die finanziellen Ausgaben für Kalifornien auszahlen werden. Kalifornien werde nun zum Mekka aller Stammzellenforscher, sagte Berg. Andere Gliedstaaten in den USA würden dem Beispiel von

Kalifornien folgen und sich mit ähnlichen Eigeninitiativen von den rigorosen Vorschriften der Bush-Administration lösen.

Nachdem zwei Wochen vor dem Abstimmungsdatum eine Mehrheit der kalifornischen Stimmbürger sich in Umfragen positiv zum Vorschlag der «Proposition 66» ausgesprochen hatte, die eine Milderung des als extrem hart geltenden «Three Strikes Law» vorsah, trat Schwarzenegger mit einer geballten Ladung von Fernsehwerbung auf den Plan, um dies zu vereiteln. Noch nie habe ein Gouverneur mit so viel Unlauterkeit und falschen Tatsachen eine Vorlage zu Fall gebracht, sagten Staatsanwälte, die die Initiative unterstützt hatten, in einer ersten Stellungnahme in San Francisco. Die Initianten der «Proposition 66» hatten gehofft, das drakonischste aller Gesetze im Land so abmildern zu können, dass in Zukunft nur noch Schwerverbrecher unter dem bestehenden Gesetz zu langen Haftstrafen verurteilt werden könnten.

Die harten Strafen bleiben

Die Befürworter von Kaliforniens «Three Strikes And You're Out»-Gesetz hingegen sind der Ansicht, Wiederholungstäter sollten beim dritten Verstoß gegen das Gesetz auch weiterhin, ungeachtet des Schweregrades der dritten Verfehlung, zu Freiheitsstrafen von 25 Jahren oder mehr verurteilt werden können. In einer polemischen Kampagne gegen die Initiative hatte Schwarzenegger den Wählern mit Erfolg klar gemacht, bei Annahme der Initiative würden auf einen Schlag mindestens 25 000 Schwerverbrecher aus den Gefängnissen entlassen. Der Initiativtext sah hingegen vor, dass jeder Straftäter, der unter «Three Strikes» verurteilt wurde, vor einer Entlassung in ein neues Gerichtsverfahren eingebunden würde.